Schirp: „Historischer Fehlausgabe im Doppelhaushalt – Koalition belastet zukünftige Generationen“

17.12.25 | Berlin

Schirp: „Historischer Fehlausgabe im Doppelhaushalt – Koalition belastet zukünftige Generationen“

Wirtschaft hält Finanzpolitik in Berlin weder für nachhaltig noch für zukunftssicher

Für UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp geht der Berliner Doppelhaushalt 2026/27 mit einer historischen Fehlausgabe an den Start. „Drei Millionen Euro pro Jahr will Berlin allein für die Verwaltung der geplanten sogenannten Ausbildungsplatzabgabe aufwenden. Das ist verschwendetes Geld von Unternehmen, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler“, urteilte er.

„Ein Irrweg für die gebeutelten Unternehmen“

Diese Strafabgabe werde keines der Probleme auf dem Ausbildungsmarkt lösen und viele neue schaffen. Außerdem bürde sie den Unternehmen enorme Kosten und unnötige Bürokratie auf. „Die Abgabe ist für die von der jahrelangen Konjunkturflaute gebeutelten Firmen ein Irrweg“, ergänzte Schirp.

Dem Land fehle dem Land das Geld an jeder Ecke. Berlin gebe systematisch mehr Geld aus, als es einnimmt. „So kommt das Land bei einem Gesamtetat von fast 90 Milliarden Euro laut Landesrechnungshof auf ein strukturelles Defizit von vier Milliarden Euro. Eine derartige Politik ist weder nachhaltig noch zukunftssicher“, kritisierte der Hauptgeschäftsführer.

Immer weniger Gestaltungsspielraum für künftige Etats

Ohne Kurswechsel werde es immer schwieriger, Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen. Der Gestaltungsspielraum für zukünftige Haushalte werde auf diese Weise immer enger.

Erfreulich ist laut Schirp das hohe Maß an geplanten Investitionen in den Etats 2026/27, vor allem in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. „Gerade auf den Feldern Infrastruktur, Bildung und Wohnungen besteht ein enormer Investitionsstau. Für die kommenden zehn Jahre liegt er bei mindestens 108 Milliarden Euro.“

Diese Summe werde Berlin trotz der neuen Schulden kaum aus eigener Kraft stemmen können. Darum wäre es der richtige Weg, endlich den Weg für die Mobilisierung von privatem Kapitel freizumachen, schlug Schirp vor.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF